

TOP 3: Bundesratsinitiative: Gesetz zur Änderung des Preisangabengesetzes (PAngG) und Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung (PAngVO)

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz -

Beschluss:

1. Der Ministerrat beschließt, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Preisangabengesetzes (PAngG) und den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Preisangabenverordnung (PAngVO) in den Bundesrat einzubringen.
2. Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erhält gemeinsam und in Abstimmung mit der Staatskanzlei und dem MWVLW mit Blick auf den Inhalt des Antrages und das weitere Verfahren Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Die Bundesratsinitiative hat das Ziel, Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor unseriösen Schlüsseldiensten zu schützen. Dazu legt die Landesregierung einen Gesetzentwurf und einen Verordnungsentwurf zur Änderung des Preisordnungsrechts vor, um die Preistransparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhöhen. Zuvor hatte der rheinland-pfälzische Landtag einen entsprechenden Beschluss gefasst (Drucksache 17/9798).